

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, 11. August 1892.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein &amp; Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld. W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck &amp; Co., Hamburg. Heinr. Eisler, Joh. Noolbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen. Aug. J. Wolff &amp; Co.

### Deutschland.

**Berlin, 10. August.** Der „Reichsanz.“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe das Gesetz betreffend die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern gegen Entschädigung. Der verabschiedete Minister Herrfurth beabsichtigt sich zunächst nach Karlsruhe zu begeben und alsdann eine Reise nach Tyrol anzutreten.

Als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Generalarztes Dr. Mehlhausen wird Generalarzt 1. Klasse Dr. Optz, Korpsarzt des dritten Armeekorps, als Direktor der Sanität ernannt.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt: Nach dem der Rücktritt des bisherigen Ministers Herrfurth eine vollkommene Tatsache geworden, machen sich von Neuem die Blätter daran, dessen Ursachen zu ergründen. Wenn dabei der Konfliktualpolitik ein recht weitgreifender Spielraum verlässt wird, so sind dem Vernehmen nach von dem zurückgetretenen Minister nur zwei Gründe für seinen Wunsch geltend gemacht worden: einmal die schon bekannte Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Fortführung der Steuerreform; dann aber, und wohl kaum in letzter Linie, die aus dem Gesundheitszustande des Herrn Herrfurth sich ergebende.

Anknüpfend an den Rücktritt des Ministers Herrfurth schreibt die „Voss. Ztg.“ in einem Leitartikel der Abendsausgabe, betitelt „Die Unklarheit im Innern“, daß die Nation sich allgemach der Empfindung nicht zu erwehren vermag, daß es an den maßgebenden, verantwortungsvollen Stellen an jeder Sicherheit und Festigkeit mangelt. Der Glaube an die Thakraft und Verlässlichkeit der herrschenden Staatsmänner würde durch das stete Schwanen und unsichere Taten im Beste untergraben, die ersteigliche Entwicklung des Vaterlandes wäre gefährdet und wenn kurze Zeit nach der Vorkommnisse der Rücktritt Herrfurth möglich war, so ist auch eine Wiederkehr des Schicksals nicht ausgeschlossen.

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Soden, hat, wie das „V. Z.“ erzählt, nunmehr sein Abschiedsgesuch eingereicht und in dringenden Worten um die Enthebung von seinem Posten gebeten. Es scheint, daß man im auswärtigen Amt geneigt ist, diesem Wunsche nachzugeben; unter den Persönlichkeiten, welche als Nachfolger des Herrn von Soden in Frage kommen, hat an der Spitze der bisherigen Stellvertreter des Gouverneurs, Kapitänleutnant Mübiger, die meiste Aussicht. Major von Wismann scheint hiernach überhaupt nicht in Frage zu kommen. Nach der Rückkehr des Geheimrats Kayser im Laufe der nächsten Woche wird die Angelegenheit voraussichtlich ihre Erledigung finden.

Die „Voss. Ztg.“ erklärt, daß die von einigen offiziellen Blättern gemeldete Absicht der Regierung, die Verbrauchsabgabe auf Branntwein auf 70 Mark zu erhöhen und die Begünstigung des kontingentierten Branntweins abzuschaffen, wohl kaum durchgeführt werden können, da die Regierung hierbei auf den heftigsten Widerstand der großen Branntweinbrenner stoßen würde. Meistens wäre eine Reform der Branntweinsteuer auch dadurch durchzuführen, daß die Verbrauchsabgabe allgemein auf 60 Mark festgesetzt wird.

Die heutigen Abendsblätter bringen die Meldung aus Petersburg von dem demütigsten Eintreffen des Ministers Giers in Berlin mit den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen in Verbindung.

— Gestern Abend haben die kaiserlichen Majestäten K. K. H. den Prinzen und die Prinzessin Friedrich Leopold und die Major Grafen Moltke vom Leib-Rittmeister-Regiment Großer Kurfürst (schl.) Nr. 1 zur Abendtafel bei sich. Am heutigen Vormittage wohnte Seine Majestät der Kaiser auf dem Vornstädter Felde dem Exercieren der Regimenter der Potsdamer Garnison bei und empfing den Reichsgrafen Grafen von Caprivi und den Ministerpräsidenten Minister des Innern Grafen zu Eulenburg.

— K. K. H. der Prinz und die Prinzessin Friedrich Leopold kommen morgen nach Berlin, um bis nach der großen Herbstparade am 18. d. M. hier zu residieren.

Die Infongrenz der Brod- und Getreidepreise wird keineswegs nur in Deutschland allein beobachtet und gerät. Auch englische Blätter konstatieren die hartnäckige Abneigung der Brodpreise, dem jüngsten Sinken des Weizenpreises um 8 bis 10 Schilling das Quartier entsprechend zu folgen. Der Herausgeber des Fachblattes „British and Foreign Confectioner and Baker“ macht demgegenüber die trocken-humoristische Bemerkung, daß Brod ebenso wenig aus Weizen, wie rindereine Stiefel aus lebendem Metall gemacht werden, das heißt, der Wäcker kann kein billigeres Brod liefern, solange der Preis seines Rohmaterials, nämlich des Weizen, auf dem seitherigen Theuerungsstadium verharrt. Die weitere Frage der englischen Konsumenten nach dem regulierenden Prinzip des Weizenpreises hat noch ihrer Antwort, aber viele von ihnen gehen jetzt insofern im fair-trade-Agitatoren recht, welche sagen, daß nach Tage der Dinge auch ein Kornzoll von 5 bis 10 Schilling pro Quartier den Reis Brod um seinen Farthing vertheuern dürfte.

— Von einigen Blättern wird der Vermuthung Ausdruck gegeben, als sei es möglich, daß bei der bevorstehenden Revision der Unfallversicherungsgesetze eine Umgestaltung der ungarischen Unfallversicherung zu Grunde liegenden Organisation geplant würde. Eine solche dürfte bei dieser Revision ausgeschlossen sein. Ueberhaupt wird sich diese kaum auf die Veränderung der Grundlagen der Unfallversicherung erstrecken, sich vielmehr fast in demselben Rahmen bewegen, wie ihn die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz gehabt hat. Es werden demnach vornehmlich die Einzelheiten, bei welchen sich in der Praxis Mängel gezeigt haben, eine Veränderung erfahren, welche den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Aber auch hier dürfte die Umgestaltung kaum den Umfang erreichen, wie ihn die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz aufzuweisen hatte.

— Das „Konf. Wochenbl.“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und stellt sich den Kurs, an dem man sich für die Folge festhalten sollte, wie folgt vor:

1. Auf keinen Fall sollte die Konfession

Partei die Hand dazu bieten, durch Freigebung des Geschäftsbetriebes in den betreffenden Stunden durch die Prinzipale selbst das ganze Gebäude wieder einzuräumen. Es muß vielmehr dabei bleiben, daß alle Geschäfte derselben Kategorie, gleichviel ob mit oder ohne Gehilfen versehen, auf demselben Fuß behandelt werden. Die Gründe sind bei Verletzung des Gesetzes schlagend nachgewiesen. Die Sonntagsruhe soll überhaupt nicht qualitativ verschlechtert und die von dem Gesetz gewollte Erholungszeit nicht verkürzt werden, sondern es soll lediglich die Ruhe- und Erholungszeit an einzelnen Punkten, d. h. da, wo ein dringendes Bedürfnis sich dafür geltend macht, an eine andere Stelle verlegt werden.

2. Dagegen ist gegen die uniforme Behandlung derselben Geschäfte in Groß- und Kleinstädten oder Grenzorten, trotz ungleicher Verhältnisse, eine uniforme Behandlung, die den deutlich ausgesprochenen Erwartungen der Konfessionen zumwiderläuft und von den Ausschließungsbestimmungen gegen den Vorlauf des Gesetzes durchgeföhrt ist, zu protestieren. Manufakturwarengeschäfte in Kleinstädten mit einer Kundenschaft von Bayern, die am Sonntag Nachmittags nach der Stadt zu kommen gewohnt sind, um hier ihre Einkäufe zu machen, können nicht in derselben Weise die Sonntagsruhe zugeschnitten erhalten, wie etwa das Herbolzgeschäfte in Berlin. Es ist denn auch, unserer Vorschläge entsprechend, in solchen kleinen Städten für bestimmte Geschäfte die Verkaufszeit schon mehrfach verschiebungsweise auf die Stunden 11—4 Uhr festgesetzt. Hier liegt dringende Veranlassung für die konfessionale Partei vor, sich nicht zum Zielobjekt eines berechtigten Berufsstandes zu machen und der vergriffenen Behandlung dieses Punktes in einem Theil ihrer Presse den Mund zu schließen.

3. Man sollte ferner bemüht sein, allen Widerstand aus den Einrichtungen der Sonntagsruhe zu entfernen. Darf Bier und Schnaps allenthalben verkauft werden, so müssen auch uneheliche Erfrischungen, insbesondere Milch und Obst, ohne Erleichterungen selbstgehalten werden dürfen. Die Freigabe noch einer Nachmittagsstunde für den Handel mit Milch genügt nicht. Der Milchverkauf muß vielmehr durchaus auf dieselbe Stufe mit dem Schankgewerbe gebracht werden.

4. Ein wesentlicher Theil der Beschwerden wird durch eine nachsichtiger Behandlung des Hausirhandels (mit Obst, Backwaren etc.) erledigt. Derselben mehr Freiheit zu geben als dem feststehenden Gewerbebetriebe ist allerdings nicht ohne Bedenken. Sollen die Kassen gleichwohl nicht auch auf die betreffenden Kategorien des letzteren ausgedehnt werden, so müßte die konfessionale Partei unseres Erachtens mit Nachdruck für eine ausgleichende Gerechtigkeit in der Richtung eintreten, daß beispielsweise der Verkauf von Zigarren zu denselben Stunden jedermann, wie dem Zigarrenhändler so auch dem Restaurateur, untersagt bleibt. Auch der Friseur, der Druck des Gesetzes dadurch zu erleichtern, daß man allerdings Hinterposten in dasselbe öffnet, die vor der exakten Auslegung nicht bestehen können, muß entgegengetreten werden. Das Gesetz muß entweder ausgeführt oder abgeändert werden, ein drittes ist nicht statthaft. Der Regierungspräsident von Pommern hat also vollkommen Recht, wenn er den Restaurateuren und Schankwirthen den Verkauf all und jeder Waare über die Straße, weil in den Bereich des Handelsgewerbes fallend, untersagt. Wir bitten zu vergleichen, was wir über diesen Punkt in Nr. 28. vom 11. Juli, p. 329 und 330, im Text und in der Anmerkung, ausgeführt haben. Der Einwand, daß das Schankgewerbe von dem Gesetz nicht berührt wird, ist nicht stichhaltig. Soweit der Schankwirth nicht Gastwirthschaft, sondern einen Handel mit Waaren an ein Publikum außerhalb seines Lokals betreibt, berühren die neuen gesetzlichen Bestimmungen sein Handelsgewerbe ebenso wie jedes andere.

5. Die begründete und verständige Auffassung kann allein dahin gehen, daß die Sonntagsruhe zwar selbstverständlich, soweit irgend möglich, auf den Sonntag gelegt werden muß, daß ein religiöser Genüßgenuss in dieser Hinsicht aber nicht besteht, und daß wir im Nothfall uns damit bescheiden können, dieselbe Erholungszeit in der Woche zu gewähren. Wir verweisen hinsichtlich der religiösen Seite der Frage wiederholt auf die überzeugenden Darlegungen des Herrn P. Fr. Naumann in der von Herrn Stöcker herausgegebenen „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“, die wir in Nr. 33, p. 330, zum Abdruck gebracht haben.

6. Es kann nicht geleugnet werden, daß die vollständige Stilllegung des Handelsgewerbes mit Nahrungs- und Genussmitteln am Sonntag-Nachmittag und Abend insbesondere den ärmeren Klassen der Bevölkerung Verlegenheiten bereitet, aus denen der Ausweg nach dem Weltthaus führt, so daß sich als unliebsame Folge des Gesetzes die Erhöhung des Preisniveaus ergibt. Wir plaidiren unter diesen Umständen dafür, daß der Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, wie nach 105e der Gewerbeordnungs-Novelle durchaus möglich, auch am Sonntag freigegeben wird, jedoch nicht schließend, sondern gegen Einführung einer neuen gesetzlichen Bestimmung, die die Gewährung einer entsprechenden Erholungszeit in der Woche an die Gehilfen der in Rede stehenden Handelsbetriebe verknüpft, und auch sonst unter beschränkenden Modalitäten.

— In letzter Zeit sind verschiedentlich Klagen über die dem Handelsverkehr in einigen Städten durch die Sonntagsruhe auferlegten Beschränkungen laut geworden. Namentlich hat man sich darüber beschwert, daß in Folge der Stundeneinteilung für die zugelassene Sonntagsarbeit der Verkehr mit der Landkundschaft, die Sonntags einkaufend gewohnt sei, nachgelassen habe. Darauf beglückwünschte Befürchtungen sind auch bei der Ausarbeitung der Sonntagsruhe des Handelsgewerbes betreffenden Bestimmungen der letzten Gewerbeordnungs-Novelle im Reichstage laut geworden, insofern glaubte man durch die Festsetzung einer fünfjährigen Sonntagsarbeit allen berechtigten Anforderungen in dieser Richtung Genüge gethan zu haben. Es wird für die betreffenden Städte nur darauf ankommen, die gestellten Arbeitsstunden den Verhältnissen entsprechend auf den Sonntag zu vertheilen. Wenn dabei allerdings Wünsche laut werden, wie den Verkehr mit der Landkundschaft Sonntags von Mittags 12 bis Nachmittags 6 Uhr

zu gestalten, so steht dem schon die Gesetzesbestimmung entgegen, daß für das Handelsgewerbe nur eine fünfjährige Sonntagsarbeit gestattet ist.

— Diese Forderungen zeigen fämmtlich, wie schwierig es ist, auf dem Gebiete der Sonntagsruhe vorzugehen, ohne an sich berechnete Interessen zu verletzten. Deshalb kann es auch nur gebilligt werden, wenn die zuständigen Organe der Reichsregierung die Frage der Einführung der Sonntagsruhebestimmungen für die Industrie und das Handwerk auf das eingehendste und genaueste prüfen. Im Handelsgewerbe liegt die Sache viel einfacher noch als bei der engeren gewerblichen Thätigkeit. Hier sind fast in jedem Berufsstande die in Rücksicht zu ziehenden Verhältnisse verschieden. Die letzteren unterliegen gewöhnlich der Prüfung. Wenn diese abgeklungen sein wird, läßt sich zur Zeit noch nicht genau übersehen. Jedenfalls ist es besser, man erwägt vor dem Erlass der betreffenden kaiserlichen Verordnung auch in Betracht kommenden Momente gründlich, auch wenn darüber noch einige Zeit vergehen sollte, als daß man durch einen zu frühen Erlass der kaiserlichen Verordnung in einzelnen Berufsständen Störungen veranlaßt, welche nicht nothwendig mit den gesetzlichen Sonntagsruhebestimmungen der letzten Gewerbeordnungs-Novelle für die Industrie und das Handwerk verbunden sind.

— Wie aus Rom berichtet wird, beginnt man von französischer Seite sich von neuem in sehr lebhafter Weise mit der Frage der künftigen Papstwahl zu befassen. Nachdem die französischen Kreise zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die Kandidatur eines Franzosen aussichtslos ist, richten sie ihr Augenmerk auf den Kardinal Parrot, der zu den Häuptern der Intrantigenpartei im Vatikan zählt, und suchen für denselben Stimmung zu machen.

— Die Abberufung des deutschen Gesandten in Stockholm, Dr. Büsch, wird dem Vernehmen nach, erst im Laufe des Septembers erfolgen, da Dr. Büsch zu der Zeit, wo der Kaiser in Gothenburg zur Jagd sein wird, sich dort in amtlicher Eigenschaft aufhalten wird. Die Ankunft des neuen Gesandten Grafen Wedel in Stockholm dürfte erst erfolgen, wenn König Oskar in seine Residenz zurückgekehrt sein wird.

**Danzig, 9. August.** Voraussichtlich wird Anfang September d. J. ein großes Handwerkerfest hierhergeführt werden. Die Fleischer-Gesellen-Brüderschaft Danzigs und Umgebungen begeht nämlich in diesem Jahre das 500jährige Bestehen. Zur Vorbereitung des Festes fand am Sonntag Abend in der Herberge eine Generalversammlung statt.

**Gumburg, 10. August.** Die Hauptmannöver der Kavallerie sind auf den 12. und 13. August festgesetzt. Am Schluß findet ein Paradeauszug statt. Dazu treffen ein: der kommandirende General Graf Waltherse, Generalmajor Heinrichs, General-Quartiermeister Oster von Blantz, Major im großen Generalstabe Deines und Major der Artillerie-Schießschule von Dolowsky.

**Gumburg, 10. August.** Die wegen der Angriffe auf den Staatsanwalt Romen beschlagnahmten Exemplare des sozialdemokratischen „Echo“ sind freigegeben, mit Ausnahme der Nummer, welche den Artikel über den „politischen Meinungsäußerungs“ enthält. Vor den Untersuchungsrichter geladen sind fämmtliche Redakteure, Mitarbeiter und der Geschäftsleiter des Blattes, sowie die Reichstagsabgeordneten Frohne und Mollenhuth.

**Mannheim, 8. August.** Großes Aufsehen erregt hier die bereits gemeldete Flucht des sozialdemokratischen Führers und Agitatoren Hünslers. Derselbe war der hervorragendste Führer der hiesigen Sozialdemokraten und hatte als solcher auf die sozialdemokratische Wahlmasse einen großen Einfluß. Der Flüchtige war auch Stadtverordneter und in Folge seines Auftretens gefürchtet sich die Sitzungen des Bürgerausschusses in der letzten Zeit äußerst stürmisch. Für die im nächsten Jahre hier stattfindende Landtagswahl an Stelle des ausgeschiedenen national-liberalen Landtagsabgeordneten Bassermann war Hünslers von den Sozialdemokraten als Kandidat ausgetreten worden. Das Verschwinden Hünslers hat die hiesige sozialdemokratische Partei in große Verwirrung versetzt, um so mehr, als die untergeschlagenen Gelder dem Medizinalverband gehörten, dessen Mitgliedschaft sich fast ausschließlich aus Kreisen der Sozialdemokratie zusammensetzte. Dieser Verband, welcher den Zweck verfolgte, gegen geringe monatliche Beiträge seinen Mitgliedern im Krankheitsfalle Arzt und Medikamente kostenlos zu stellen und in dieser Beziehung auch mit Erfolg thätig war, wird nun wohl in die Brüche gehen, so daß viele Arbeiter finanzielle Verluste erleiden. Außerdem sollen auch verschiedene Sozialdemokraten, welche Hünslers Darlehen gemacht haben, ihr Geld eingebüßt haben.

**Dresden, 10. August.** (W. Z. B.) Der König eröffnete heute Mittag im königlichen Polytechnicum die dritte internationale Ausstellung von Aquarellen, Pastellbildern, Handzeichnungen und Radirungen.

**München, 9. August.** Herr von Vollmar hat hier durch eine längere Rede die sozialistische Agitation für die nächsten Reichstagswahlen eingeleitet. Er hat dabei als Motiv dafür, daß die Sozialdemokratie sich überhaupt mit diesen Wahlen beschäftigen, folgende Sätze ausgesprochen: „Die Sozialdemokratie habe sich früher mit Träumen vom Zukunftsstaate beschäftigt, mit denen man heute fertig geworden sei. Man sei aus den Utopien herausgekommen; der Sozialismus sei zu einer Wissenschaft erhoben und es gelte jetzt, Verbeßerungen, die zunächst liegen, anzubereiten.“

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, denen bisher nur ein summarischer Bericht vorlag, können freilich für den Vorlaut der Vollmar'schen Ausführungen nicht einstehen, bemerken indeß mit Recht: Hat Herr von Vollmar sich in diesem Sinne ausgesprochen, so wird seine Rede zweifellos einen noch größeren Sturm erregen, als seine vorjähigen Ausführungen — für die er bekanntlich vom Parteilaute zur Rechenschaft gezogen wurde — und seine Äußerungen über Sozialismus, wegen deren ihn das Parteigebiet „Vorwärts“ so scharf angegriffen. Ähnliche Ansichten, wie die obigen, sind ja bereits in dem Vorlaut von dem „langsamem Hineinwachsen in den sozialistischen Staat“ ausgesprochen; aber mit solcher Schärfe hat sich Herr v. Vollmar bisher noch niemals über die „Träumereien vom Zu-

kunftsstaat“, die unwissenschaftlichen „Utopien“ ausgesprochen.

**München, 10. August.** (W. Z. B.) Der König von Dänemark ist auf der Reise von Wiesbaden nach Gmunden heute Vormittag hier durchgereist.

**Strasbourg i. E., 10. August.** (W. Z. B.) Der 39. deutsche Geologentag ist unter Theilnahme einer großen Anzahl deutscher Gelehrten zusammengetreten. Als Vertreter der Regierung begrüßte Unterrichtssekretär v. Schraut die Versammlung. Hierauf wurde Professor Verrill (Berlin) zum Vorsitzenden gewählt. Den ersten Vortrag hielt Professor Bened. (Strasbourg) über die geologischen Verhältnisse Elsaß-Lothringens. Morgen giebt die Stadt zu Ehren der Versammlung ein Abendfest. Der Geologentag wird bis zum 21. d. M. dauern. Zu das Programm des Jahres sind u. A. zehn Aufsätze in die Vorträge aufgenommen.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 9. August.** Die in der letzten Zeit verbreitet gewordenen Gerüchte, daß für die Kaiser-Mandier in Galizien veränderte Dispositionen zu gewärtigen seien, werden nun durch die offiziellen Mittheilungen über die bevorstehende Reise des Kaisers Franz Josef zu den Mandieren widerlegt. Kaiser Franz Josef wird sich am 29. d. M. verlassen und sich zu den Mandieren nach Galizien begeben, bei denen er theils in Lemberg, theils in Hrubzow weilen wird. Nach einem mehrtägigen Aufenthalt in Wien wird sich der Kaiser dann zu den bis zum 14. September dauernden Mandieren nach Böhmen begeben. Am 14. d. wird die Reise des Kaisers nach Kufstirchen zu den dort stattfindenden Schlußmanövern erfolgen; daran wird sich dann ein längerer Aufenthalt des Kaisers in Pest, wo bekanntlich gegen Ende September die Delegationen zusammentreten sollen, anschließen.

**Wien, 10. August.** (W. Z. B.) Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Ministerialverordnung betreffend das Verbot der Einfuhr von Obst, Gemüse, Kaviar, Fischen etc. aus Rußland, ferner eine Verordnung des Finanzministeriums betreffend die Eingiehung der nach dem Konventionsanlasse ausgesetzten infanterischen Silbermünzen mit dem 31. Dezember 1892, endlich eine Ministerialverordnung vom heutigen Tage zur Durchführung der im Handelsvertrage mit Italien enthaltenen Weinzollanlauf vom 27. August ab.

**Pest, 10. August.** Handelsminister Lukacs erklärte vor seinen Wählern, die Regierung wünsche in Fortsetzung der Vertragspolitik die Aufhebung der noch ausstehenden Handelsverträge. Er sei bestrebt, die Seeschifffahrt fortzuentwickeln, den Schiffsport der ungarischen Staatsbahnen zu vergrößern, den Flusshafen zu vergrößern und neue Industrien einzuführen. Wesentliche Veränderungen im Eisenbahn-Tarifwesen seien nicht beabsichtigt, nur betreffs der Frachten-Tarife sei eine leichtere Uebersicht der Einfachheit wegen nothwendig.

### Belgien.

**Brüssel, 10. August.** Die Vorstellung des belgischen Gesandten in Paris bezüglich der von den französischen Blättern betriebenen, den König von Belgien beleidigenden Sprache war eine nicht offizielle.

### Frankreich.

Der in der „Kreuz-Zeitung“ vielfach erwähnte französische Aristokratizismus Mizon verläßt morgen Paris, um zum zweiten Mal Namana zu verlassen, die bereits geschlossenen Verbindungen zu pflegen und neue Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Mizon hat sich in Frankreich einer solchen Anerkennung, eines solchen patriotischen Engagements besonders auch in der Handelswelt zu erfreuen, daß ihn mancher deutscher Aristokrat beneiden könnte. Carnot hat ihn zum Frühstück eingeladen und ihn gebeten, ihn durch direkte Zuschriften über seine Schicksale und Ergebnisse auf dem Laufenden zu erhalten. Kaufleute und Industrielle haben dem Kapitan Mizon Waaren im Werthe von 400,000 Francs geliefert, vor allem französische Seiden- und Tuchstoffe, alsdann Uhren, Spiegel, Juwelierwaaren, Epseifenservisen, Spielzeug u. s. w., um sie zu verschenken und zu verkaufen. Ein einziger Lyoner Kaufmann hat Waaren im Werthe von 100,000 Francs geliefert. Auch an baar Geld fehlt es nicht; von Staats wegen erhält Mizon die Verfügung über eine Summe von 120,000 Francs, ein Rothschild hat 20,000 Francs gestiftet, das „Comité de l'Afrique française“ hat 15,000 Francs gegeben u. s. w.

Der „Temps“ erklärt heute in einer Form, welche eine offizielle Quelle errathen läßt, daß Frankreich in dem Kongreß keinesfalls nachgeben und auf den von der Kongo-Regierung gemachten Vorschlag, ein Schiedsgericht betreffend, seinen eigenthümlichen Fassung wegen nicht eingehen würde. Das Blatt versucht den geschichtlichen Nachweis, daß Frankreich in seinem Rechte sei, und wiederholt die bekannten Forderungen, nämlich eine Geldentschädigung, falls Pounmayrac auf Antrieb von Kongobeamten durch Eingeborene getödtet worden sei, und die Kündigung des von de Marcellin und seinen Gehilfen besetzten Gebietes. Dies in Kürze die geschichtliche Darstellung des „Temps“. In den Berliner Generalakten vom 5. Februar 1885 sei die Grenzbestimmung (4 Grad nördl. Br. und 30 Grad östl. L. von Greenwich) eine rein konventionelle, praktisch unmögliche gewesen, denn der Ubangi laufe dadurch in drei Theile (Ober- und Unterlauf) dem Kongostaate, der mittlere Lauf Frankreich zerschnitten worden, so daß weder der eine noch der andere Staat einen Vortheil aus ihm hätte ziehen können. In dem Abkommen vom 29. April 1887 habe man im wesentlichen festgestellt, daß Frankreich das rechte Ufer, dem Kongostaat das linke Ufer des Ubangi gebühren solle. „In keinem Falle soll die Nordgrenze des Kongostaats“, heißt es dann in einem Aufsatze, „unter den 4. Grad nördl. Breite herabgehen, eine Grenze, die ihm bereits durch den Art. 5 des Abkommens vom 5. Februar 1885 zugesprochen wird.“ Der „Temps“ deutet diesen Aufsatze paragrafen, daß das dem Kongostaat daraus nun nicht etwa das Recht erwachse, sich nach Norden bis Tripolis (!) auszudehnen. Er bedeutet einfach, daß Frankreich kein Recht habe auf jenen Landstreifen, welcher sich zwischen dem

Überlauf des Ubangi-Nelle und dem vierten Breitengrade befindet.

**Paris, 10. August.** Da die Regierung die Veranlassung vor Festeitens der Pariser Stadtkommission zur Feier des heutigen hundertsten Jahrestages der Erklärung der Tullerien verboten hat, nehmen die radikalen Vereine der einzelnen Stadtbezirke die Anordnung der Feste in die Hand. Für heute Abend sind viele „Famische“ Versammlungen und Tanztänze angekündigt.

**Paris, 10. August.** (W. Z. B.) Der Minister des Auswärtigen, Ribot, wird morgen die Note der Regierung des Kongostaates betreffend die kürzlich vorgekommenen Zwischenfälle beantworten und die vorgeschlagenen schiedsgerichtliche Entscheidung ablehnen.

Die gestrigen und vorgestrigen Blättermeldungen über neue Dynamitdiebstähle werden polizeilichere demotriert; der einzige that sächlich bezugene derartige Diebstahl sei vor etwa 10 Tagen erfolgt, es seien dabei zwei Kisten mit Dynamit gestohlen worden. Ferner wird von der Polizeiprästektur in Nordre gefest, daß sieben Kisten mit Dynamit nach Paris heimlich eingebracht seien.

Aus Toulon wird gemeldet, in der vergangenen Nacht hätten daselbst drei Brände stattgefunden, die wahrscheinlich böswillig angelegt seien. Die Untersuchung sei eingeleitet.

**Paris, 10. August.** Der Generalsausstand des gesamten Personals der Omnibusgesellschaft ist angezeigt. Die Angestellten bereifen für die Nacht vom 14. zum 15. August ein Streikmeeting ein.

### Italien.

**Catania, 10. August.** (W. Z. B.) Die heutige Meldung über die unkanischen Ausbrüche des Aetna besagt: Die Eruption ist in mäßiger Abnahme begriffen, das unterirdische Grollen hat aufgehört.

### Spanien und Portugal.

**Madrid, 10. August.** (W. Z. B.) In der Provinz Saragossa haben heftige Regengüsse gewüthet und große Ueberschwemmungen verheerend gewirkt. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich. Fast alle Telegraphenverbindungen in Spanien sind unterbrochen oder gestört.

### Großbritannien und Irland.

**London, 10. August.** Das Schiff „Corcoran“, von Amsterdam mit 1500 Tonnen gemischter Ladung nach Java unterwegs, ist an der Küste Brasiliens aufgebrannt. Der Verbleib der Besatzung ist unbekannt.

**London, 10. August.** (W. Z. B.) Das „Heute’sche Bureau“ meldet aus Teheran von heute, amtliche Berichte aus Astrabad bestätigen vollständig die Meldungen von Angriffen auf die Kaufleute russischer Unterthanen; drei russische Kanonenboote seien in dem Hafen von Astrabad eingetroffen und hätten Infanterie und Kavallerie zum Schutze der russischen Unterthanen gelandet.

Die Cholera ist in Teheran im Zunehmen begriffen; es sind 60 Personen gestorben.

**London, 10. August.** (W. Z. B.) Die Abrede wurde gegen Mitternacht bis Donnerstag verlegt, an welchem Tage die Abstimmung über den Zusatzantrag der Oppositen stattfindet. Gladstone, den seine längere Rede erschöpft zu haben schien, verließ halb, nachdem Valfour sich erhoben hatte, das Haus und begab sich bis Donnerstag auf das Land. Valfours Rede war interessant, aber unter den abwechselnden Verhältnissen ohne besondere Wichtigkeit. Er vertheilte die Regierung gegen den Vorwurf Gladstones, daß sie nicht sofort zurückgetreten sei, mit dem Hinweis, daß die Opposition aus drei Parteien bestehe; daher bedürfe die Regierung keine Rechtfertigung ihres Entschlusses, im neuen Parlament zu erscheinen. Ein drittes Bild entwarf Valfour von der Zukunft der neuen Regierung. Die Ministeriellen seien zwar die besiegte Partei, aber sie blickten der Zukunft mit Hoffnung und Zuversicht entgegen, während für die siegreiche Partei die Zukunft nichts als Verlegenheiten und Verdrüß in ihrem Schoße birge. Valfour sagte, der Mißerfolg eines Ministers, der Irland mit den gewöhnlichen Gesetzen verwalten wolle, sei sicher. Die Wortworte Gladstones auf die Anfrage Mac Carthys seien unbestimmt. Das Unterhaus habe das Recht zu erörtern, ob der Preis, der für die Unterstützung der irischen Nationalisten bezahlt werde, in dem Leben und Eigenthum des irischen Volkes und in der Verfassung von Dynamitbrennen gegen die Gesellschaft bestehe. Zur Durchführung nützlicher Gesetze würden sich die Wähler wieder den Unionisten zuwenden. Im weiteren Verlaufe der Debatte schied der Antiparlementarist O'Connor die Erträge der Unionisten in Irland den Schwelgereien in Bier und Branntwein zu. Der Unionist Russell entgegnete, die Mehrheit der nationalistischen Siege in Irland seien durch die rücksichtslose Einschüchterung seitens der Priester gewonnen. Die Barnetliten Harrington und William Redmond drückten ihre Unzufriedenheit mit dem Erklärungen Gladstones bezüglich der ausgewiesenen Pächter und der Vernichtung der irischen Dynamitbrennen aus und verlangten die Abhaltung einer Versammlung zur Erledigung dieser Fragen. Saurberson erklärte mit Nachdruck, wenn ein Unterparlament in Irland beresetzt werde, würden die Protestanten von Ulster dasselbe in den Staub treten. Das Mistravensvotum wird voraussichtlich mit einer Mehrheit von 40 Stimmen angenommen werden.

**London, 10. August.** Sir Charles Dille hat seinen Antrag bezüglich der Neutralisirung Egyptens angemeldet und wie folgt formuliert: Die Königin möge ersucht werden, die Wiederanbahnung der Unterhandlungen vom Jahre 1887 für die Neutralisirung Egyptens zu verfügen unter Bedingungen, welche die britische Regierung befähigen dürften, ein dauerndes Abkommen zu sichern.

### Rußland.

**Petersburg, 9. August.** (W. Z. B.) Das Verinden des Ministers v. Giers hat sich dort gebessert, daß derselbe gegen Ende des Monats eine dreimonatliche Urlaubsbefreiung ins Ausland zu unternehmen gedenkt. Der Minister bezieht sich zunächst nach Berlin und von dort nach den oberitalienischen Seen. Bei Eintritt der Regenzeit wird der Minister in Monaca Aufenthalt nehmen.











